



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichspsiegel

Berlin, 14. Februar 1910.

(Die Rede des Ministerpräsidenten zur preussischen Wahlreform — Presse-Nörgeleien.)

Der Kampf um die Wahlrechtsreform ist im preussischen Abgeordnetenhaus entbrannt; neben diesem Ereignis verschwinden alle andern Interessen der Tagespolitik. Der Ministerpräsident Herr v. Bethmann Hollweg hat die Beratung mit einer groß angelegten Rede eingeleitet und damit der Generaldebatte über die Vorlage die Richtung gewiesen. In dieser Rede hat der leitende Staatsmann zum ersten Male seit Antritt seines neuen Amtes etwas mehr von seiner persönlichen Art enthüllt, und schon dadurch rechtfertigt sich die gespannte Aufmerksamkeit, mit der diese Kundgebung von dem Hause aufgenommen wurde — wenn man von den wenigen Versuchen der Sozialdemokraten absieht, durch Zwischenrufe und Ungezogenheiten der Sitzung einen lärmenden Charakter zu geben. Eine andre Frage ist, ob das Auftreten des Ministerpräsidenten als ein parlamentarischer Erfolg angesehen werden kann. Darüber gehen natürlich die Meinungen auseinander.

Die Rede Bethmanns hat zum Teil eine „schlechte Presse“. Die ernsthaften Blätter, die etwas bedeuten, haben sich freilich meist maßvoll ausgesprochen und wenigstens die Gedankentiefe der Rede unbefangen als Vorzug anerkannt. Von andern Gesichtspunkten muß man natürlich ausgehen, wenn man zu dem Inhalt der Rede sachlich Stellung nehmen will.

Hier müssen wir eine Hauptschwäche in der Anlage und dem Aufbau der ganzen Rede hervorheben. Sie entspringt wahrscheinlich dem Wunsch, nur die allgemein politischen Grundlagen der Vorlage zu behandeln und dem Minister des Innern nicht den Stoff zu einer wirksamen speziellen Begründung der Vorlage vorwegzunehmen. Vielleicht wurde die Gesamtwirkung dadurch vereitelt, daß Herr v. Bethmann die ihm zufallende Rolle bei diesem Zusammenspiel nicht gerade glücklich durchführte, sei es daß er sich manches für den weiteren Verlauf der Debatte vorbehalten wollte, oder daß er glaubte, der Ministerpräsident werde doch etwas mehr auf die Vorlage eingehen. Tatsächlich begab sich Herr v. Bethmann Hollweg von vornherein in eine Art von strategischer Defensiv. Er gleicht so einem Feldherrn, der den Feldzug damit eröffnet, daß er seine Armee in eine große Festung wirft, weil er sich zur Offensive zu schwach fühlt. Der Ministerpräsident schien so stark davon durchdrungen, daß er diese Vorlage eigentlich nach allen Seiten zu verteidigen habe, daß er dem Feinde nicht entgegenrückte und ihn zur Anerkennung des Gebotenen zwang, sondern sich in die Festung des bestehenden Rechtszustandes zurückzog und sie zu armieren versuchte, d. h. mit großer Sorgfalt bewies, daß das Bestehende eigentlich ganz vortrefflich sei. Und in diese Bemühung vertiefte er sich so sehr, daß darüber der Beweis der Notwendigkeit der Reform und somit die eigentliche allgemeine Begründung der Vorlage in die Brüche ging. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat von ihrem Standpunkt als Gegnerin jeder Wahlreform nicht unrecht, wenn sie meint, nach den vortrefflichen Ausführungen, deren Wert sie rückhaltlos anerkennt, müsse man fragen, wozu denn eigentlich unter solchen Umständen eine Reform notwendig sei; es sei in der Rede ein Bruch zu erkennen. Ähnliches stellte am zweiten Tage der Debatte der freikonservative Redner Freiherr v. Zedlitz fest.

Im übrigen müssen wir die Rede, wie schon angedeutet, als den gedankenreichen Ausdruck einer festen Überzeugung auch da anerkennen, wo sich mancherlei einwenden läßt. So waren die Ausführungen über die Überschätzung des Wahlrechts

an sich vortrefflich, aber sie waren zu sachlich, wenn es erlaubt ist, sich einmal ein wenig paradox auszudrücken; sie unterschätzen das Moment der Phantasie, die — wie Heinrich Dernburg, der berühmte Rechtslehrer, einst so ausgezeichnet nachgewiesen hat — auch im Recht ihre Stelle fordert. Wir halten Herrn v. Bethmann Hollweg gewiß nicht für einen einseitigen Bureaukraten; auch wissen wir, daß er bei aller Stärke und Aufrichtigkeit seiner persönlichen Überzeugung nicht allein schalten kann, sondern mit den Realitäten zu rechnen hat, die ihm im preußischen Staatsministerium begegnen, aber in manchen Begründungen der Vorlage scheint allerdings der Beamte den Politiker und Volkspsychologen doch etwas mehr als nötig in den Hintergrund gedrängt zu haben. Mit Argumenten ähnlicher Art ließe sich schließlich auch der Absolutismus gegen die konstitutionelle Monarchie verteidigen. Auch was über die „Abhängigkeiten“ gesagt wurde, forderte manchen Einwand heraus. Aber volle Zustimmung verdient, was über das Recht Preußens, im Reich seine Eigenart zu wahren, hervorgehoben wurde. Man hat gesagt, die Rede sei eigentlich eine Rede gegen das Reichstagswahlrecht gewesen, und will daraus einen Tadel für den Reichskanzler ableiten. Unserer Meinung nach kann kein Reichskanzler verpflichtet werden, eine Reichseinrichtung um ihrer selbst willen, losgelöst von gewissen Voraussetzungen, zu loben. Das Reichstagswahlrecht im Reich und dasselbe Wahlrecht in Preußen sind tatsächlich zwei ganz verschiedene Dinge.

Doch es ist hier nicht die Stelle, auf Einzelheiten der Wahlrechtsfrage selbst einzugehen. Erwähnt mag hier nur noch werden, daß die Kommissionsberatung gesichert ist. Man darf also hoffen, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien doch noch etwas Brauchbares zustande bringen wird.

Wenn man die Preßstimmen überblickt, die die Rede des Ministerpräsidenten zu kennzeichnen suchten, so muß man einige Vorsicht walten lassen. Denn in vielen tritt eine so starke Voreingenommenheit zutage, daß man sie nicht als ernsthafte Kritiken ansehen kann, sondern höchstens als Stimmen eines leidenschaftlich erregten Parteigeistes. Diese Kritiken erscheinen zum großen Teil nach einer gewissen Schablone gemacht. Der jeweilige Kanzler und Ministerpräsident wird zu einer typischen Charaktermaske umgestaltet, deren Zuhörer, um unnötige Gedankenarbeit zu sparen, in der Regel aus der Requisitenkammer der Wigblätter genommen wird. Fürst Bülow war während seiner Kanzlerschaft nun einmal abgestempelt als der ewig lächelnde, mit Zitaten über alle Schwierigkeiten hinwegtänzelnde, glatte Optimist, über dessen Reden von vornherein, noch ehe man sie gehört hatte, das stereotype Urteil feststand, daß sie zwar momentan fesselten und sehr schön klangen, aber mit vielen Worten nichts besagten. So sparte man sich die Mühe, die Gedanken der Reden aufmerksam zu prüfen, was in Wahrheit sehr nützlich und heilsam gewesen wäre. Es machte sich aber sehr gut in der Zeitung und markierte außerdem eine gewaltige geistige Überlegenheit, wenn der Mangel an tiefen und neuen Gedanken von allgemeinem Wert in den Reden des Fürsten Bülow mit bedauerndem Achselzucken festgestellt werden konnte. Nun hat sich das Rad der Geschichte gedreht. Herr v. Bethmann Hollweg ist für jenes liebe Publikum, das nicht gern selbst nachdenken und urteilen möchte, bereits gleichfalls abgestempelt als der „philosophische“ Reichskanzler, der einsame, weltfremde Grübler, der ahnungslos urplötzlich aus ferner Abgeschiedenheit in den Reichskanzlerpalast verschlagen ist und nun eine Fülle zentnerschwerer Gedanken, die den Herren Volksvertretern zu hoch und zu unverdaulich sind, über seine Zuhörer ausschüttet. Merkwürdig, wie es dieser grüblerische Philosoph fertig gebracht hat, trotz seiner Weltfremdheit ein preußisches Landratsamt viele Jahre lang so vortrefflich und

unter voller Anerkennung auch seiner liberalen Kreiseingeweihten zu verwalten, und eben so wunderbar, daß ihn diese Philosophie ohne Anstoß durch so verantwortliche, der Kritik ausgesetzte Ämter wie die eines Regierungspräsidenten, eines Oberpräsidenten, Ministers des Innern, Staatssekretärs des Innern getragen hat, und das alles unter den Augen eines temperamentvollen, scharf beobachtenden, hohe Anforderungen stellenden Monarchen!

Wie geht das zu? Indessen so unbequeme Fragen darf man eben nicht stellen. Die Hauptsache ist, daß die große Kuchenform gefunden wird, in die man den Stoff, den die Neben bieten, jedesmal hineinkneten kann, um das Ganze im Parteiöfen zu backen. Und so gehört es nach dem ausgegebenen Stichwort für die oppositionelle Presse zum guten Ton, über die philosophischen Gedanken des Ministerpräsidenten zu höhnen, seine allerdings tiefgehenden und weitausholenden Begründungen als überflüssig und unangemessen zu veralbern und seine von starker Überzeugung getragenen Äußerungen staatsmännischer Eigenart durch geschmacklose Witze und persönliche Ungezogenheiten herabzuziehen. Dabei kommt den Kritikern dieser Art gar nicht das Bewußtsein, wie tief sie selbst eine Volksvertretung herabdrücken, die angeblich Darlegungen nicht vertragen kann, wenn sie etwas mehr auf die tieferen und allgemeineren Grundlagen politischer Gedanken eingehen.

Das preußische Wahlrecht. Vom Standpunkte der praktischen Politik stellt man wohl allseitig an eine preußische Wahlreform die Erwartung, daß die gar zu einseitig ausgebildete Vorherrschaft des agrarischen Konservatismus eingedämmt werde, um auch ein Wirken liberaler Ideen möglich zu machen. Eine Reform, die ganz oder doch wesentlich zugunsten der Demokratie ausschlägt, brauchen die bürgerlichen Parteien nicht herbeizusehnen.

Ein unter Berücksichtigung dieser Erwägung wie unter Berücksichtigung der nicht einfach auszuschaltenden preußischen Eigenart durchdachtes Wahlrechtsprogramm stellt der Regierungsentwurf nicht dar. Darüber ist man sich, wie die Ausführungen der Blätter aller Parteirichtungen beweisen, einig. Wie steht es nun aber mit den Forderungen der einzelnen Parteien, die den Regierungsentwurf in Grund und Boden verurteilen?

Die Konservativen sind mehr oder weniger Feinde der Reform aus rein parteipolitischen Gründen; Freisinnige und Sozialdemokraten erheben rein theoretische Forderungen; das Zentrum zeigt noch eine unklare Haltung. Nur bei den Freikonservativen und Nationalliberalen erkennen wir ein gewisses systematisches Hinarbeiten auf das eingangs angedeutete Ziel. Besonders die Nationalliberalen haben seit Jahren die Ausarbeitung eines für die besondern preußischen Verhältnisse geeigneten Wahlrechtsprogrammes betrieben. Nach den Wahlen von 1903 war es ihnen sogar gelungen, sich auch mit den Freisinnigen über gewisse Mindestforderungen zu verständigen, die jetzt auf freisinniger Seite stark in Vergessenheit geraten zu sein scheinen. Diese Mindestforderungen bestanden zunächst in einer anderweiten Festlegung der Wahlbezirke, aber nicht „nach Maßgabe der Bevölkerungszahl“, sondern „unter Berücksichtigung“ der Bevölkerungszahl. Man beachte den Unterschied: die Bevölkerungszahl allein soll keineswegs entscheidend sein; wohl aber soll sie nicht in dem gegenwärtig bestehenden krassen Mißverhältnis zwischen den verschiedenen Wahlkreisen ganz außer acht gelassen werden. Es ist ein guter und gesunder Gedanke organischer Wahlrechtsreform, nicht nur die Köpfe zu zählen, sondern die Wahlkreise abzugrenzen unter gleichzeitiger, wohlabgewogener Berücksichtigung von „Land und Leuten“. Ferner wurde in den liberalen Mindestforderungen verlangt, die Teilung der Wähler-

Klassen solle nicht in den einzelnen Urwahlbezirken, sondern durch die ganze Gemeinde hindurch vorgenommen werden, um dem Zustand ein Ende zu machen, daß in derselben Gemeinde ein Wähler, der seinem Steuersatze nach in dem einen Urwahlbezirk der ersten Klasse angehört, in einem anderen Urwahlbezirk in die dritte Klasse gerät. Endlich wurde ein neuer Maßstab für die Einteilung der drei Klassen vorgeschlagen, um insbesondere dem Arbeiterstand einen größeren Einfluß einzuräumen.

Als dann im Jahre 1906 jene Miniaturreform vorgenommen wurde, die eine Teilung solcher Kreiswahlkreise vorschlug, in denen die tatsächliche Durchführung der Wahl zur physischen Unmöglichkeit geworden, erschienen die Parteien aufs neue mit ihren grundsätzlichen Forderungen auf dem Plan, und zwar marschierte der Liberalismus jetzt wieder getrennt: die Freisinnigen, diesmal von Zentrum und Polen begleitet, forderten die Einführung des Reichstagswahlrechts, die Nationalliberalen dagegen beantragten, daß unter Beibehaltung eines erhöhten Wahlrechts bei höherer Steuerleistung ein erhöhtes Wahlrecht auch bei höherer Bildung und höherem Alter eingeführt, den der dritten Abteilung angehörenden Wählern ein erweitertes Wahlrecht eingeräumt, ferner die indirekte Wahl beseitigt und den Minderheiten eine Vertretung ermöglicht wird.

Diese Forderungen von 1906 weisen gegenüber den gegenwärtig erhobenen noch eine Lücke auf, denn damals gingen die Anschauungen über das Problem der geheimen oder öffentlichen Wahl noch ziemlich weit auseinander; die Wahlen von 1908 aber haben in den Städten den Beweis erbracht, daß die öffentlichen Wahlen den Mittelstand einem unüberstehlichen Terrorismus der Sozialdemokratie unterwerfen, und auf diese Weise dahin geführt, daß das Verlangen nach geheimer Wahl jetzt geradezu in den Mittelpunkt der Erörterung und in den ersten Platz unter den liberalen Forderungen aufgerückt ist.

Welche Erfüllung bringt nun die Regierungsvorlage den oben mitgeteilten Forderungen?

Von einer Änderung der Wahlkreise ist vollständig abgesehen. Und doch kann es in diesem Punkte nur Sache der Regierung sein, die Initiative zu ergreifen. Die politischen Parteien stehen hier vor den größten praktischen Schwierigkeiten und Bedenken. Eine erhebliche Vermehrung der Sitze im Abgeordnetenhaus erscheint ganz untunlich, da unter einer zu großen Kopfzahl die Förderung der Geschäfte notwendigerweise leidet. Viel eher wäre eine Verminderung der Zahl der Mandate zu wünschen. Sobald es aber an Vorschläge nach dieser Richtung geht, müßte jede Partei mit dem Unwillen der eine Entrechtung fürchtenden kleineren Wahlkreise rechnen.

Wenden wir uns also zu jenen Vorschlägen, die sich auf die Zurechnung des Wahlrechts beziehen: Da deckt sich die Regierungsvorlage mit dem national-liberalen Programm von 1906 insofern, als sie nach wie vor ein erhöhtes Wahlrecht bei höherer Steuerleistung bewilligt und auch bei höherer Bildung das Wahlrecht erhöhen will; weiter, insofern sie einen Teil der Wähler aus der dritten in die höheren Wählerklassen versetzt und dadurch mittelbar auch den Wählern der dritten Abteilung ein erweitertes Wahlrecht einräumt. Vor allen Dingen aber durch Beseitigung der indirekten Wahl.

Als die ersten Mitteilungen über die Wahlrechtsvorlage der Regierung ihren Weg in die Öffentlichkeit fanden, befriedigte die Reformfreunde wenigstens die Beseitigung der indirekten Wahl, zumal sich ergab, ein wie scharfes Todesurteil die Begründung der indirekten Wahl sprach. Sobald man sich aber in das Studium der einzelnen Paragraphen vertiefte, verblaßte die Genugtuung über die Abschaffung

der indirekten Wahl um mehrere Grade. Das Wahlverfahren und die Feststellung der Stimmverhältnisse behalten einen außerordentlich verwickelten Charakter: Will man durch die Beseitigung der indirekten Wahl das politische Interesse des einzelnen Wählers heben, so muß man ihm auch ein gewisses Maß von Übersicht darüber einräumen, welches Gewicht seiner einzelnen Stimme zufällt! Das Maß des Wahlrechts wird durch die vorgeschlagene Reform aber nicht übersichtlicher, sondern unübersichtlicher. Vor allen Dingen sollte es ganz selbstverständlich sein, daß mit Einführung der direkten Wahl die Klassendrittung durch den ganzen Wahlkreis hindurch Hand in Hand geht; die Wahlrechtsreform beschränkt sich in dieser Beziehung jedoch darauf, daß sie an Stelle von „Urwahlbezirken“ von „Stimmbezirken“ spricht, innerhalb dieser, den alten Urwahlbezirken gleichzusetzenden Stimmbezirken aber die Drittung beibehält! Hierdurch bleibt die ganze Rechtszubilligung eine durchaus willkürliche und unlogische; und man wird von einer Reform kaum ernsthaft reden können, wenn dieser Grundfehler nicht beseitigt wird.

Sehr kritisch bedürftig erscheinen auch die Einzelvorschläge bezüglich der Klasseneinteilung im allgemeinen. Wir sind nicht geneigt, die Klasseneinteilung als solche grundsätzlich und unbedingt zu verdammen. Ist denn wirklich das Reichstagswahlrecht für jede Art parlamentarischer Körperschaften das Ideal? Diese von unserem Freisinn theoretisch bejahte Frage wird ja von eben demselben Freisinn sofort verneint, wenn das Wahlrecht für die Stadtparlamente in Frage kommt. Für die Einzelstaaten liegen die politischen Grundbedingungen aber doch tatsächlich auch ganz anders als für das Reich: Gegenüber dem Reiche hat jeder erwachsene männliche Bürger die gleiche Pflicht zum Militärdienst. Dieser allgemeinen gleichen Pflicht steht das allgemeine gleiche Wahlrecht sinngemäß gegenüber. Während aber gegenüber dem Reiche außerdem jeder Steuerzahler ein allgemein gleiches, nicht individuell abgestuftes Maß an Lasten durch den Anteil an den Zöllen zu entrichten hat, sind in den Einzelstaaten die steuerlichen Verpflichtungen individuell abgegrenzt. Hier bestehen nicht allgemeine gleiche Pflichten nach Art der Wehrpflicht, sondern sehr verschiedenartige Steuerlasten, die eine verschiedenartige Bemessung der Rechte wohl begründen. Weiterhin ist der Einzelstaat der Träger der kulturellen Aufgaben: die besitzenden und durchschnittlich höher gebildeten Kreise tragen die Lasten für die Volksbildung der breiten Schichten. So ist es wiederum durchaus begründet, wenn als Äquivalent für diese Lasten den besitzenden, den höher gebildeten, den kulturell mehr entwickelten Kreisen auch höhere staatliche Rechte eingeräumt werden. So findet denn also auch der Theoretiker Anlaß genug, einer Abstufung des preussischen Wahlrechts unter gewissen Gesichtspunkten seine Zustimmung geben zu können, wobei er freilich einer einseitig übertriebenen plutokratischen Ausgestaltung oder sonstigen Härte der Klasseneinteilung widerstreben wird.

Nun gibt die Regierungsvorlage an, die plutokratischen Auswüchse dadurch beseitigen zu wollen, daß sie nur ein gewisses Maximum von Steuerleistung bei der Klasseneinteilung berücksichtigt. Die Konsequenz des Klassenaufbaues wird ja also durchbrochen, aber doch nur in sehr einseitiger Weise: denn sobald man überhaupt dazu kommt, Abstriche von den Steuerfäßen vorzunehmen, sollte die natürliche Logik doch wohl gebieten, mit diesen Abstrichen nicht zuletzt auch dort vorzugehen, wo die in Anrechnung gebrachten Steuern gar nicht erhoben werden! Das gilt insbesondere mit Bezug auf die zwar staatlich veranlagte, aber nicht staatlich erhobene Grundsteuer, die dem ländlichen Großgrundbesitz durch ihre Anrechnung hohe politische Rechte gewährt hat und auch fernerhin gewähren soll, indessen man dem städtischen Besitz durch die vorgeschlagene Maßregel die Rechte

zugunsten der untersten Schichten nicht unbeträchtlich beschränken will. Parteipolitisch betrachtet, sehen wir als unausbleiblichen Effekt dieses einseitigen Regierungsvorschlages die Erhaltung der konservativen und die Förderung des sozialdemokratischen Einflusses unter Schwämmerung des liberalen Einflusses!

Grundsätzliche Zustimmung wird es wiederum finden müssen, wenn die Regierung künftighin auch andere Momente als lediglich den Besitz bei der Zubilligung des individuellen Wahlrechts berücksichtigen will; aber auch hier wieder muß die Ausführung im Detail auf Bedenken stoßen. Prinzip der Regierungsvorlage ist, „Bildung und Erfahrung“ zu berücksichtigen. Was die Bildung anbetrifft, so erscheint uns die Grenze, von der an ein Aufrücken in eine höhere Wählerstufe zugestanden wird, sehr hoch gezogen. Nur das durch Examen abgestempelte Universitätsstudium soll in der Hauptsache zum Aufrücken in eine höhere Wählerklasse berechtigen, unter gewissen Voraussetzungen allerdings auch die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst. Da ist aber ein wesentlicher Unterschied zu verzeichnen: Während nämlich der akademisch diplomierte aus der zweiten in die erste Klasse aufrücken kann, soll der zum einjährig-freiwilligen Militärdienst befähigte nur aus der dritten in die zweite, nicht aber aus der zweiten in die erste Klasse befördert werden können. Er hat also, wenn er nach der Steuerleistung bereits der zweiten Klasse angehört, von seinem Bildungsgrade nicht den politischen Vorteil, den er in ungünstigen Einkommensverhältnissen haben würde.

Was die Vorrechte der „Erfahrung“ anbetrifft, so werden sie unter gewissen Voraussetzungen solchen Personen zuteil, die im Staats- oder Kommunaldienste stehen, ehemaligen Offizieren und — unter Beschränkung des Aufrückens aus der dritten in die zweite Klasse — ehemaligen Unteroffizieren.

Die Auswahl der Bevorrechtigten ist in solcher Weise getroffen, daß man gar nicht erkennt, was die Regierung eigentlich damit beabsichtigt. Hier scheint das russische Staatsreichsgesetz vom 3. Juni (vergl. Grenzboten Nr. 32 vom 8. August 1907) nachgebildet worden zu sein. Denn es spricht aller preussischen Tradition Hohn. Wer zehn Jahre aktiver Offizier gewesen ist oder sich als Unteroffizier den Zivilversorgungsschein erdient hat, soll nach dem Entwurf in die höhere Klasse aufrücken. Somit setzt die Regierung voraus, daß diese Teile der Gesellschaft sich während ihrer aktiven Dienstzeit genügend mit Politik beschäftigt haben und die notwendige politische Reife besitzen. Die Politik soll aber aus dem Heere verbannt sein. Tritt der andre Gesichtspunkt in den Vordergrund: die Regierung will gefügte Elemente haben, mit denen sie bei den Wahlen exerzieren könnte, wie auf dem Paradeplatze. Ja, kennt denn die Regierung die Zusammensetzung der verabschiedeten Offiziere nach Berufen und sozialen Schichten nicht? Die Bestimmung könnte doch nur in den Landkreisen des Ostens das regierungsfreundliche Element stärken, nicht aber in den Städten, wo die Hauptmasse der verabschiedeten Offiziere unter den schwersten, täglich schwerer werdenden Bedingungen um das trockene Brot kämpft. — Über die politische Erfahrung der Zivilantwärtler brauchen wir kein Wort zu verlieren, nachdem sie die ihnen gebührende Würdigung bereits im Landtage gefunden hat.

Unberücksichtigt läßt die Regierungsvorlage bis auf vereinzelte Ausnahmen das Verlangen, bei der Zubilligung des individuellen Wahlrechts auch das Alter zu bevorzugen, und gänzlich unberücksichtigt das weitere Verlangen nach Prüfung des Familienstandes. Diese letztere Frage sollte aber gerade gegenwärtig wohl erwogen werden! Eine der stärksten Stützen deutscher Entwicklung, deutscher

Machtentfaltung, deutschen Einflusses auf dem Erdenrund ist ja das starke deutsche Volkswachstum. Nun haben wir aber offensichtlich den Höhepunkt dieses Wachstums überschritten. Die Geburtenhäufigkeit geht zurück; wir würden bereits eine absolute Abnahme der jährlichen Volksvermehrung zu verzeichnen haben, wenn nicht zurzeit noch die Sterblichkeit, insbesondere durch den erst jetzt erfolgreich aufgenommenen Kampf gegen die starke Säuglingssterblichkeit, sich stärker verminderte als die Zahl der Geburten. Immerhin steht der Zeitpunkt absehbar bevor, in dem unsere absolute Volksvermehrung nachläßt. Da wäre es eben jetzt an der Zeit, dem Familienstand größere Berücksichtigung zuteil werden zu lassen. Schon bei den vorjährigen öffentlichen Debatten über die Finanzreform zeigte sich, daß die Geneigtheit für Einführung einer Junggesellensteuer im starken Wachstum begriffen ist; und entsprechend dürfte man im preußischen Parlament auf die Geneigtheit stoßen, dem Familienvater, der mehrere Söhne in den Dienst des Staates und Reiches zu stellen hat, höhere politische Rechte einzuräumen.

Zur allgemeinen Milderung der Härten in der Klasseneinteilung könnte endlich wohl empfohlen werden, grundsätzlich der ersten und der zweiten Abteilung einen gewissen Prozentsatz der gesamten Wählerzahl als Minimum zu überweisen, andererseits grundsätzlich von einem gewissen Maximum der Steuerleistung an das Aufsteigen in die zweite bezw. erste Klasse zuzubilligen.

Alles in allem kann die Vorlage die Freunde einer besonnenen, organisch aufgebauten Reform nur sehr wenig befriedigen. Dichte Schleier verhüllen aber noch die Aussichten dieser so wenig bietenden Reform. Zu einem Hauptangelpunkte der Debatten wird die Frage des geheimen Wahlrechts werden. Die ganze Linke und das Zentrum fordern das geheime Wahlrecht. Sind die Konservativen des Abgeordnetenhauses, oder ist das Herrenhaus oder die Regierung in dieser Beziehung für das entscheidende Zugeständnis nicht zu haben, dann kann es sich nur zu leicht ereignen, daß die ganzen Debatten ausgehen wie das Hornberger Schießen. Herr v. Bethmann Hollweg hat in seiner Rede die Frage offen gelassen, sich persönlich aber so für die öffentliche Wahl erwärmt, daß ihm wohl die Autorität fehlen würde, im Bedarfsfall die geheime Wahl beim Herrenhaus durchzusetzen.

Was überhaupt erreichbar ist, wird ja bei dem gegenwärtigen Machtverhältnis in sehr großem Umfange abhängen von der Einsicht der Konservativen. Wenn sie nur eine Augenblickspolitik treiben, die auf die Erhaltung ihres Besitzstandes bei den nächsten Wahlen allein bedacht ist, dann braucht man sich über die Vorlage gar nicht weiter zu unterhalten; wenn sie aber weitsichtig in die Zukunft blicken, die ihre Macht mit um so schwereren Erschütterungen bedrohen muß, je intransigent sie sich jetzt verhalten, dann wird selbst aus dieser Vorlage schließlich noch etwas zu machen sein, was dem Staatswohl für geraume Zeit nützen kann.

Von den tiefinneren Plänen der Konservativen wird in großem Umfange auch die Haltung des Zentrums abhängen. Zu sehr ist das Zentrum den Konservativen dafür verpflichtet, daß sie seine Herrschaft im Reiche wieder aufgerichtet haben, als daß es vermöchte, jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus eine Taktik zu betreiben, die den Konservativen schweren Schaden zufügen muß. Je radikaler die Forderungen des Zentrums nach außen hin erscheinen werden, um so mehr ist zu befürchten, daß diese radikalen Forderungen keinen anderen Zweck haben als den, im momentanen Interesse der Konservativen eine Verständigung über die Wahlrechtsreform überhaupt nicht zustande kommen zu lassen.

Zu positiver Mitarbeit an der wirklichen Reform erscheinen nach ihrem dargelegten Programm in erster Linie die Nationalliberalen berufen (deren Redner im Abgeordnetenhaus auch den weitaus tiefsten Eindruck gemacht hat) — voraus-

gesetzt, daß die Mehrheit der Konservativen sich zur Reformfreundlichkeit bekehrt und mit freikonservativer Vermittelung eine Art Wahlreform-Kartell zustande kommt. Das Zentrum kann nach seinem Programm kaum mehr als störende Zwischenspiele liefern, und zwar um so erfolgreicher im negativen Sinne, je sehnlicher die Mehrheit der Konservativen diesen negativen Erfolg herbeiwünschen sollte. Die Sozialdemokraten bleiben außer acht und auch die Freisinnigen schalten sich selbst um so vollständiger aus, je hartnäckiger sie bei dem doktrinären Programm der Übertragung des Reichstagswahlrechtes verbleiben.

Dies ist der Stand der Dinge. Eine schwere und ernste Entscheidung ist insbesondere in die Hand der preußischen Konservativen gelegt. Das aber mag schon im Anfang des Kampfes mit aller nötigen Deutlichkeit betont werden, daß, wenn aus dieser Wahlreform nichts wird, wenn Preußen dadurch vor schwere Jahre innerer Zerwürfnisse und heftigster Kämpfe gestellt wird, die Schuld und Verantwortung zu gleichen Teilen den Konservativen und dem Zentrum wird zur Last gelegt werden müssen! (Nicht ohne Mitschuld der Regierung, die es in keiner Weise verstanden hat, die taktische Durchführung ihrer Pläne vorzubereiten.) Erkennen die Staatsmänner unter den Konservativen die Forderung des Tages, und gelingt ihnen die Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft über die extremen Freunde, dann werden sie unter entscheidender Mitarbeit der Nationalliberalen und Freikonservativen für das Wohl des preußischen Staates eine Reformarbeit zu leisten vermögen, die die Politik des größten Einzelstaates weder für die Gegenwart dem Radikalismus ausliefert, noch für die Zukunft die bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes drohenden schweren Erschütterungen zur Tatsache werden läßt!

Niekschbriefe. Zwei weitere Bände von Briefen Friedrich Nieksches sind voriges Jahr von Frau Förster-Nieksche im Inselverlag herausgegeben worden. Sie enthalten die meisten der an Mutter und Schwester gerichteten Briefe. Die zahlreichen Veröffentlichungen von und über Nieksche haben seine Persönlichkeit, seinen Lebensgang und seine Philosophie in dem Grade durchleuchtet, daß kaum noch etwas aufzuhellen übrigbleibt, abgesehen davon, daß der tiefste Grund jeder Menschenseele ein unerforschbares Geheimnis ist. Auch die vorliegenden Bände verstärken nur längst bekannte Züge seines Bildes. Wir sehen wiederum, daß der große theoretische Immoralist in praxi ein so korrekt moralischer Mensch gewesen ist, wie es ihrer wenige gibt: von Liebe und Güte gegen alle Mitgeschöpfe überströmend, ängstlich gewissenhaft in jeder Pflichterfüllung, von zartester Rücksicht auf andere, vor allem ein zärtlicher Sohn und Bruder. Von der Schulzeit an bis zum Ende seiner wachen Tage bleibt die rührende Anhänglichkeit an die Seinen gleich stark. Nirgends würde er sich wohler fühlen als bei ihnen, wenn ihn nicht das Raumburger Klima forttrieb (jedes Klima treibt ihn fort, nachdem er es einige Wochen vortrefflich gefunden hat, so daß er sich zu beständigem Aufenthaltswechsel gezwungen sieht und einige Duzend Orte Deutschlands, der Schweiz und Italiens durchprobiert). Und die zwei Frauen vergelten seine Liebe mit unermüdblicher Fürsorge, die stets zu tun bekommt, weil sein kranker Magen, seine Augen und seine peinliche Ordnungsliebe allerlei Nahrungsmittel, Schreibmaterialien, Kleidungsstücke und Toilettengegenstände fordern, die ihm nur die Seinen so zu liefern imstande sind, wie er sie braucht. So daß, in welchen Winkel Italiens oder der Alpen auch er geflohen sein mag — vor sich selbst —, zwischen dort und Raumburg Risten hin und her wandern. Denn auch er versäumt es an keinem Geburtstag, keinem Weihnachtsfest, etwas zu schicken; manchmal besteht

sein Geschenk in einer eignen Komposition. In Pforta ist er ein Musterschüler. Trotzdem hat er zweimal Pech gehabt. Als Primaner hat er einmal die Schulhausinspektorenwoche, d. h. er muß alles verzeichnen, was in Stuben und an Geräten reparaturbedürftig ist. Dieses banausische Geschäft sucht er sich und den Vorgesetzten durch scherzhafte Einkleidung seines Berichts zu würzen. „Im Auditorium Nr. X. brennen die Lampen so düster, daß die Schüler versucht sind, ihr eignes Licht leuchten zu lassen usw.“ Die gestrengen Herren Lehrer aber, die wirkliche Banausen gewesen zu sein scheinen, brummen ihm dafür drei Stunden Karzer und den Verlust einiger Ausgänge auf. Das stört, weil er sich völlig schuldlos weiß, seine heitere Ruhe nicht einen Augenblick. Dagegen ist er das zweitemal tief betrübt, nicht der Strafe wegen, sondern weil er sich schuldig fühlt: er hat sich betrunken; freilich ist ihm das nur passiert, weil er noch nicht gewußt hat, was er verträgt, aber er weiß eben, daß er vorsichtiger hätte sein sollen, und er geht auch zu seinem Geistlichen, mit ihm den Vorfall zu besprechen. (Das Beichten und „Kommunizieren“ scheint in Pforta beinahe nach katholischer Weise geübt worden zu sein.) Im ganzen erscheint er bei allem Ernste des Studiums ganz kindlich, freut sich wie ein Kind auf die Familienfeste und über der Mutter Sendungen von Kuchen, Äpfeln, Pflaumen, die er übrigens größtenteils unter seine Kameraden verteilt. Daß er einmal ein tüchtiger Gelehrter werden würde, ließ sich in seiner Schülerzeit wohl voraussehen, aber auf ganz Außergewöhnliches in Leistungen und Lebensgang wies nichts hin; daß er später ganz aus dem Gleise gerate, würde, wenn es vorausgesagt worden wäre, am allerwenigsten geglaubt worden sein. Er ist dann zunächst auch ein ganz normaler Student (im ersten Jahre Verbindungsstudent), ein normaler Professor und (am Pädagogium) Schulmeister gewesen. Was ihn aus der Bahn geschleudert hat, war bekanntlich sein körperlicher Zustand, und nicht, ohne ergriffen und erschüttert zu werden, kann man die Berichte über seine mannigfachen Leiden lesen, die je länger desto mehr sein ganzes Leben zu einem Martyrium machten. Überanstrengung im Beruf ist ohne Zweifel eine Hauptursache der Zerrüttung seiner Gesundheit gewesen. Er hat das gefühlt, und deswegen war es keine ungemischte Freude für ihn, daß er mit vierundzwanzig Jahren als Professor nach Basel berufen wurde; er hätte sich lieber vor Beginn der Amtstätigkeit ein paar Jahre lang auf Reisen vom Studium erholt. Bald wurde die Pein der seelischen Leiden noch weit ärger als die der körperlichen. Tief läßt in seine Seele blicken, was er auf den Seiten 292, 309, 629 schreibt. Eine treffende Selbstanalyse liefert er mit den Worten (S. 731): „Die Antinomie meiner Existenz liegt darin, daß alles das, was ich als radikaler Philosoph radikaliter nötig habe — Freiheit von Beruf, Weib und Kind, Freunden, Gesellschaft, Vaterland, Heimat, Glauben, Freiheit fast von Liebe und Haß — ich als ebenso viele Entbehrungen empfinde, insofern ich glücklicherweise ein lebendiges Wesen und kein bloßer Abstraktionsapparat bin.“ Mit andern Worten: die Tragik seines Lebens lag darin, daß er sich einbildete, etwas sein zu müssen, was außerhalb jeder Menschenmöglichkeit liegt. Geheimnisvoll deutet er manchmal an, daß er mit allen solchen Bekenntnissen noch nicht sein Innerstes enthülle, daß dieses dem Blick aller andern verborgen bleiben müsse, und daß kein Mensch reif sei, zu verstehen, was er eigentlich denke und wolle. Im März 1885 schreibt er an seine Schwester: „Ich bin viel zu stolz, um je zu glauben, daß ein Mensch mich lieben könne. Dies würde nämlich voraussetzen, daß er wisse, wer ich bin. Ebensowenig glaube ich daran, daß ich jemand lieben werde; dies würde voraussetzen, daß ich einmal — Wunder über Wunder! — einen Menschen meines Ranges fände.“ In solcher Selbstschätzung kündigt sich schon der nicht mehr ferne Zusammenbruch an.

Niezscheverehrer, denen jede Einzelheit aus dem Leben ihres Helden wichtig erscheint, finden eine reiche Ausbeute, z. B. Nachrichten über die leidigen Verlags- und Geldnöte, über Frau Overbeck, über das Zerwürfnis mit Paul Rée wegen der Lou Salomé.

Carl Jentsch

Richard Muther: Geschichte der Malerei. Konrad Grethlein, Leipzig 3 Bde. In Leinen 36 M. Prachtausgabe in Ganzleder 60 M.

Muthers Stellung als einzigartiger Befruchter der Kunst, über Kunst zu schreiben, kann trotz allem, was man über den starken Gebrauch gesagt hat, den er von seinem Gedächtnis und seiner Belesenheit machte, heute für befestigt gelten. Im Prinzip wenigstens versucht man jetzt überall mit der bleiernen, in den allgemeinsten Redensarten sich windenden Beschreiberei zu brechen, die niemals bildhaft über das Bildnerische zu reden wußte, die äußerliche Prädikate und Schablonenwerte, mit einem Worte: Begriffe an die Stelle des Konkret-Sinnlichen setzte. Typisch sind für jene blutlose Wortmacherei ohne Bildlichkeit die Handbücher des sachlich einst so verdienstvollen Lübke geworden. Nach Muthers vorbildlichem Vorgang müht sich heute jeder über Bildkunst Schreibende, vermittelt der Sprache Anschauungen zu haben, den Leser sehen zu lassen. Eine ganze jüngere Schule wandelt auf seinen Pfaden und noch, wer sich feindlich stellt, nutzt das durch ihn Gewordene. Wie hat Muther es verstanden, eine Landschaft in ihren intimsten Reizen aufleben zu lassen, mit wenigen Strichen das Besondere einer Begabung, ihr Stoffgebiet, ihre düstigen „Valeurs“ nach genießen zu machen!

Muther hatte in hohem Grade die Fähigkeit, zusammenzufassen, die Massen zu organisieren und wesentliche Gesichtspunkte über den verwirrenden Einzelheiten aufleuchten zu lassen. Ihm ist es in dieser Geschichte der Malerei vor allem um die großen Stilwandlungen zu tun. Es ist ungemein anziehend und, wenn auch hier und da vielleicht zu rationalistisch vergewaltigend, so doch im ganzen lichtvoll und für die Betrachtung fruchtbar, wenn er die großen Epochen des Barock, des Rokoko usw. mit scharfen, zugleich von vielfältigem Spielwerk umrankten Linien umreißt. Etwas ganz Ausgezeichnetes in ihrer Knappheit sind fast immer die Charakteristiken der großen Meister. Ich kam kürzlich gerade von der Lektüre des neuen zweibändigen Wälzers W. v. Seydlitzens über Leonardo und spürte eine trostlose Ode ob der Unfähigkeit des Verfassers, einen großen Menschen groß zu fassen, auch nur ein einziges Mal das tatsächlich Richtige, das Handwerkerlich-Nüchterne zu verlassen und ahnen zu machen, welchem Genius der Menschheit, welchem Weiterbringer der Entwicklung man gegenüberstehe. Muther ist gegenüber solcher Stimmung ein Arzt der Seele. Ein einziges Kapitel von ihm vermag zu trösten. Es sagt mehr als ein paar hundert Folienseiten der Nichts-als-Fachleute. Man steht bei ihm immer im Werden einer Zeit; mitten durch die Betrachtung des einen Menschen oder des einen Werkes klingen die Glocken des Säkulum. Er hat den Blick auf das Ganze, auf die Abwandlungen zu neuen Vollendungen gerichtet. Ein kleines Meisterstück ist z. B. die Charakteristik Raffaels, ohne jede radikale Enge, die etwa seine Schönheiten verkannte, und zugleich von einem so fein abgrenzenden, so maßvoll richtigstellenden Urteil, sobald es sich um einen Vergleich mit den äußersten Genies, mit Michelangelo oder Rembrandt handelt. Muther wird auch der „deutschen Note“ gerechter, als er es in früheren Veröffentlichungen vermochte. Das zeigen so gemütsstarke Betrachtungen wie die Albrecht Dürers, so liebevolle Versenkungen wie die in Fritz v. Uhde. Sicherlich hat Muther, wie auch Hans Rosenhagen zugibt, der dieses posthume, aber fertig hinterlassene Werk seines

verstorbenen Freundes für den Druck durchgesehen und in seinen letzten beiden Bänden auch mit der Wahl der Abbildungen unterstützt hat — sicherlich hat Muther seine Gesichtspunkte von einstmals mannigfach revidiert, ohne Zweifel zugunsten einer größeren Reife, einer weniger parteiischen Abgeklärtheit. Die Kampfesjahre waren auch für ihn wie für die seinerzeit jungdeutsche Malerei vorüber. Liebermann bedeutet ihm nicht mehr ein A und O der neueren Entwicklung. Bei aller Anerkennung findet er kühl beschränkende Worte . . . „kein Eroberer, kein Pfadfinder“ . . . „keins jener Phänomene, deren Kräfte aus unbekanntem Quellen zu fließen scheinen“ . . . „er brachte, von wohlorganisiertem Geschmack geleitet, nur das nach Deutschland, was anderwärts durch Courbet, Millet und Israels, durch Manet und Degas längst zum Siege geführt war“. — Zweitausendachtshundert Abbildungen im Text sind den drei starken Bänden beigegeben, natürlich jede einzelne im kleinsten Format. Wir finden diesen Reichtum der Zahl einer, qualitativ vielleicht besseren, Beschränkung des Anschauungsmaterials vorzuziehen. Denn irgendwie künstlerischen Ansprüchen können Vielfältigungen, die solchen verhältnismäßig wohlfeilen Werken beigegeben sind, doch nicht genügen: Also ist es besser, sich auf Hilfsmittel für die Erinnerung zu beschränken, die dem Beschauer hauptsächlich den Anreiz zur Wiederbelebung des schon Gesehenen geben oder zur selbsttätigen, phantastischen Weiterbildung einladen, dafür aber dieses Anschauungsmaterial so mannigfaltig wie möglich zu gestalten. Für den, der lernen will, wie für den, der lustwandelnd streift und kostet, ist dieses lichtvolle, von Anschauung und Leben erfüllte, nie langweilende Werk gleich wertvoll.

Paul Mahn

Flachmann als Erzieher*). Uns wird geschrieben: Herr Otto Ernst, dem in seinen bescheidenen Grenzen manches Hübsche gelang, hat die angesichts dieser Grenzen ungeheuerliche Geschmacklosigkeit besessen, den alten Ernst Moritz Arndt zu beschimpfen als „Leutomann“, als „Patriot, wie er nicht sein soll“, der mit seinen „widerwärtigen Franzosensfressereien“ den „Mund bis zur höchsten Unschönheit vollnahm“. Herr Ernst greint darüber, daß solch ein Mann noch heute der deutschen Jugend als Vorbild gelte. Die gebildete deutsche Jugend, soweit sie vaterländisch empfindet, und nicht zum mindesten die Studentenschaft wird Herrn Ernst die Quittung für dieses Meisterstück nicht schuldig bleiben, sie wird ihn in Zukunft bewerten, wie er es verdient. Herr Ernst hat kürzlich gelegentlich einer ganz sachlichen Würdigung mit großer Gereiztheit erklärt, er lasse seine „Kinderstube“ unter keinen Umständen anzweifeln. Ob er formelle Kinderstube hat, kann uns Sekuba sein, von jener seelischen Kinderstube, jener selbstverständlichen Ehrfürchtigkeit des deutschen Mannes vor den Treuesten seines Volkes, dieser seelischen Kinderstube, die auch da noch voller Achtung und Dankbarkeit ist, wo sie im einzelnen glaubt mißbilligen zu müssen, von dieser seelischen Kinderstube hat der leichte Berunglimpfer Arndts keinen Hauch. Es ist von unfreiwilligem Humor, zu sehen, wie sich hier Flachmann als Erzieher aufspielt, wie er mit empörender Unkenntnis den freiheitsglühenden gemäßregelten Demokraten Ernst Moritz, den Enkel von Leibgeigenen, zum „Reaktionär“ stempelt, wie ein von jedem gesunden Volksgefühl verlassener Subalterner mit blutloser Allerweltsweisheit den

*) Die obigen Ausführungen waren geschrieben, ehe Herr Otto Ernst seinen mißglückten Rechtfertigungsversuch in der „B. Z. am Mittag“ unternahm. Sie bedürfen keiner Veränderung. Nur sei mitgeteilt, daß die beschimpfenden Äußerungen über Ernst Moritz Arndt nicht etwa jetzt geschrieben wurden, sondern in einem früheren Buch von Ernst enthalten sind. Daß sie dadurch rühmlicher werden, kann man nicht behaupten.

faden Aufklärer eines abgestandenen und überwundenen Liberalismus kredenz. Widerwärtig ist ihm Ernst Moriz? Ein dummer Franzosenhörer?

„Alle Triften, alle Stätten
Färbt mit ihren Knochen weiß;
Welchen Rab' und Fuchs verschmähten,
Gebet ihn den Fischen preis;
Dämmt den Rhein mit ihren Leichen;
Laßt, gestäubt von ihrem Wein,
Schäumend um die Pfalz ihn weichen
Und ihn dann die Grenze sein.“

Das schrieb nicht Ernst Moriz Arndt, das schrieb — Heinrich von Kleist. Den „Herrlichen“ nannte ihn Bilienron. Den „Widerwärtigsten“ mußte ihn Herr Ernst nennen, denn nie ließ sich Ernst Moriz zu so furchtbarer Kühnheit des Hasses hinreißen. Lassen wir jeden Parteistandpunkt, lassen wir selbst das Vaterland. Und wäre Ernst Moriz Anarchist gewesen oder hätte selbst zur „Demokratischen Vereinigung“ gehört, welche unsägliche Lächerlichkeit, den kleinen Otto Ernst dem großen gluthdurchloderten Dichter und Künstler in die Beine fallen zu sehen! Dem Mann mit dem Jorn der freien Rede, dem aus Feuer der Geist geschaffen ward, der die Lust der Vieder und der Waffen liebte, der Trauben süßes Sonnenblut, dem Mann der großen Herzensherrlichkeit und des frischen, kühnen Windes im Leben, dem Künstler, der das Höchste sein eigen nannte: „ein ganz von einer Empfindung volles Herz!“

Adolf Petrenz

Der belgische Eulenspiegel. Unter so vielen gleichgültigen oder überflüssigen Importen, wie sie der deutsche Büchermarkt Jahr für Jahr, ja Monat für Monat, aufweist, ragt mit menschlichem und künstlerischem Vollgehalt das Werk eines uns bisher ganz unbekanntem belgischen Dichters hervor: „Thyl Ulen Spiegel und Lamm Goedzak. Legende von ihren heroischen, lustigen und ruhmbreichen Abenteuern im Lande Flandern und andern Orts.“ Friedrich von Oppeln-Bronikowski hat das Werk vortrefflich verdeutschet und bei Eugen Diederichs in Sena herausgegeben. Der Dichter dieses Eulenspiegel, Charles de Costers, wurde 1827 auf deutscher Erde, in München, als Sohn des Intendanten beim päpstlichen Nuntius geboren und ist 1879 in bitterm Elend in Brüssel gestorben; sein Hauptwerk ist eben dies von Oppeln-Bronikowski übersetzte. Es mutet merkwürdig an, daß das Original dieses Buches französisch sein — soll wir können es uns schlechterdings nicht anders als in einem deutschen Dialekt, etwa flämisch, geschrieben vorstellen, so ganz ist es erfüllt von barockem deutschen Humor, von deutsch-protestantischer Religiosität, auch von deutscher Derbheit und Schalkheit. Costers hat seinen Ulen Spiegel und dessen speisenseligen Freund Lamm Goedzak in die Kämpfe der Niederlande gegen Philipp den Zweiten und Alba hineinversetzt, Ulen Spiegels Vater wird ein Brandopfer der Inquisition, und der Jüngling, der voller Streiche steckt, wendet seine Schalkheit nun, lodern im Feuer gerechten Ingrimms, gegen die Unterdrücker des Vaterlands. „Klaas Asche brennt auf meiner Brust“ — das wird sein Wappenspruch. Dem aus dem Vollen lebenden Flamen wird immer wieder der fürchterliche, vom Haß bis ins Unmenschliche verzerrte, dabei aber ganz lebendig geschilderte Spanierkönig mit seiner widernatürlichen Grausamkeit gegenübergestellt; alle Helden der Zeit, von Wilhelm dem Schweiger abwärts, schreiten durch das Buch und kommen mit dem tapfern, verschlagenen Ulen Spiegel in Verbindung. Szenen von dem materiellen Reiz Teniersscher oder Ostadescher Gemälde wechseln mit fürchterlichen, ins Dämonische gesteigerten

Visionen von Rembrandtischem Hellbunzel, wechseln auch mit Szenen brutalster und raffiniertester Grausamkeit, die ein gerechter Vergeltungsdrang in tränenlosem Schauer vor uns aufbaut. Köstlich ist es, wie immer wieder der Kapäunen schlemmende und Blutwürste genau nach ihrer Herkunft auseinanderkennende Lamm in der allgemeinen Not zum Gelden wird, und tief ergreift es uns, wie Alenspiegel durch Blut und Kampf und vorübergehende Freiheit und Sieg und Niederlage dem Schicksal nachschreitet, das ihm einst ein dunkler Spruch geweissagt hat. In einer großen Vision erblickt er, der doch schließlich die Verkörperung flämischen Volksgeistes ist, und dessen Geliebte Nele das Herz Flanderns darstellt, endlich das Schicksal seiner Heimat. Aber Belgien seufzt noch, da seine Wanderungen enden, unter dem Joch des Papismus, während Holland und Seeland schon frei sind. Und erst, wenn Habucht zur Sparsamkeit, Born zur Lebhaftigkeit, Völlerei zur Ekstase, Neid zum Wettstreit, Wollust zur Liebe und Faulheit zur Träumerei der Poeten und Weisen geworden ist, wird Alenspiegels geliebtes Vaterland frei sein. Dieser fröhlichen Gewißheit aber lebt er, und das Buch von ihm lehrt auch uns an die Unbesiegbarkeit seiner im Grunde doch deutschen Art glauben. Was aus „Reinke de Vos“ Goethe stammverwandt ansprach und uns nun in seinen Lauten anspricht, das lebt auch in diesem uns durch die neue, dankenswerte Übersetzung geschenkten Werk. Es hat wie jedes Volksbuch Längen, manche unorganische Verwicklung und Entwicklung, aber im ganzen ist es ein Werk voll tiefer Schönheit, echten Humors und — was das Beste ist — voll echten, immer neu bewährten Lebens. So sei ihm, das in Belgien nun wieder aufzuleben scheint, auch in Deutschland Dauer gewünscht. Die alle krausen und alle großen Linien der Dichtung feinsüßlich nachziehende Verdeutschung Oppeln-Bronikowskis ist ein Kunstwerk für sich.

Heinrich Spiero



Die Rundfrage



uf dem Redaktionsbureau der Zeitschrift „Ideal“. Der Redakteur wühlt vor seinem Schreibpult in einem Haufen vergilbter Manuskripte. Der Herausgeber tritt ein.

Herausgeber. Guten Morgen!

Redakteur. Guten Morgen, Herr Doktor!

Herausgeber. Was Neues?

Redakteur. Nichts — oder wenigstens nichts Erfreuliches.

Herausgeber. Inwiefern?

Redakteur. Für die nächsten Nummern sitzen wir vollständig auf dem trockenen.

Herausgeber. Da liegt ja noch ein ganzer Berg von Manuskripten vor Ihnen.

Redakteur. Lauter alte Ladehüter — von Anfängern oder Unbekannten.

Herausgeber. Ich meine, es sind recht hübsche und brauchbare Sachen darunter. Sonst hätt' ich sie doch nicht angenommen.

Redakteur. Mag sein. An zweiter und dritter Stelle geht's schon. Aber vorn brauchen wir notwendig gute Namen.